

Klimaschutz kostet uns etwas, Nichts tun wird sehr viel teurer werden

Am 18. Juni stimmen wir über das Klimaschutzgesetz ab, welches vom Parlament im September 2022 verabschiedet wurde. Dieses kam als Gegenvorschlag zur «Gletscher-Initiative» zustande, die im Unterschied zum Klimaschutzgesetz auch ein Verbot fossiler Brennstoffe ab 2050 vorsah.

Seit Langem ist es wissenschaftlich unumstösslich bewiesen, dass der enorme Verbrauch fossiler Energien während der letzten 150 Jahre das Klima stark beeinflusst. Viele Menschen neigen glücklicherweise zum Optimismus. Dies ist in der heutigen Welt voller Unsicherheiten, Krisen und bei anhaltender Informationsflut wahrscheinlich eine lebensnotwendige Haltung. Dennoch kommt diese sogenannte «Toxische Positivität» beim Klimaschutz vielen Menschen in die Quere. Wir sind nicht bereit, liebgewonnene, bewährte Gewohnheiten abzulegen. Denn wir müssen die Dringlichkeit noch nicht am eigenen Körper erfahren. Die bröckelnden Alpen bedrohen nur wenige Bergdörfer und Wanderwege. Die grossen Dürren und Überschwemmungen treffen Menschen weit weg von uns.

Und: «Wie sollen wir als kleine Schweiz das Klima retten?» Dieses Argument ist etwa gleich absurd, wie wenn eine (wohlhabende) Person meint, sie brauche keine Steuern zu bezahlen, da ihr Beitrag von einigen Tausend Franken im Vergleich zu den Milliarden, die der Staat braucht, vernachlässigbar klein sei. Gerade eben rutschten wir von Rang 15 auf Platz 22 auf der Klimapolitik-Weltrangliste ab. Durch unser massloses Konsumverhalten gehören wir mitunter zu den grössten Ressourcenverschwendern der Welt und somit zu den grössten Klimasündern. Solange unser Reichtum auch von den fossilen Rohstoffen kommt, werden uns die Profiteure dieser Geschäfte stetig einflüstern, dass es keinen prosperierenden Weg ohne Fossile gebe.

Stimmt nicht! Die «kleine Schweiz» hat eine Vorbildfunktion. Wir haben nicht nur das Know-how und die finanziellen Mittel, um auf saubere Energien umzusteigen, wir können den Umstieg auch demokratisch in die Wege leiten. **Darum JA zum Klimaschutzgesetz am 18. Juni.**